

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, Volker Schneider  
(Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/3192 –**

### **Die Zukunft der Lehre und Forschung an Hochschulen mit Hilfe der Juniorprofessur stärken**

#### **A. Problem**

Die Anfang des Jahrzehnts neu geschaffene Hochschulpersonalkategorie der Juniorprofessur stellt ein attraktives Instrument zur Erhöhung der Lehr- und Forschungskapazitäten hinsichtlich steigender Studierendenzahlen dar. Außerdem gewährleistet sie einen zusätzlichen Qualifizierungsweg für Nachwuchswissenschaftler. Die Juniorprofessur als selbstständiges Beschäftigungsverhältnis bietet einen alternativen Zugang zu Dauerprofessuren, stärkt die frühe Eigenverantwortung von Nachwuchskräften und erfährt von den Beteiligten überwiegend positive Resonanz.

Die Bundesförderung der Ersteinrichtung von Juniorprofessuren läuft 2006 aus, weswegen mit einem starken Rückgang der Schaffung solcher Stellen gerechnet wird.

#### **B. Lösung**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Verhandlungen mit den Ländern zum Hochschulpakt 2020 für Kontinuität der Förderung der Juniorprofessur zu werben. Die Etablierung dieser Personalkategorie solle durch eine Vereinbarung über ein neues Förderprogramm gestärkt werden. Darüber hinaus dürfe der Haushaltstitel zur Juniorprofessur aus 2007 nicht auslaufen, sondern müsse stattdessen mit neuen Mitteln ausgestattet werden. Die Bundesregierung müsse sich gegenüber den Ländern dafür einsetzen, dass hochschulgesetzliche Regelungen angeglichen werden, die Möglichkeit des Übergangs zu einer Dauerprofessur als Mittel zur Nachwuchsförderung darin verankert wird und für angemessene Beschäftigungsperspektiven nach Abschluss der verschiedenen Qualifizierungswege gesorgt werde.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/3192.

**D. Kosten**

Es wären nach Ansicht der Antragsteller zusätzliche Haushaltsmittel bereits im Jahr 2007 in Höhe von 15 Mio. Euro notwendig.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/3192 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2007

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Monika Grütters**  
Berichterstatterin

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Berichterstatter

**Uwe Barth**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Monika Grütters, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Uwe Barth, Dr. Petra Sitte und Kai Gehring

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3192** in seiner 64. Sitzung am 10. November 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, die Hochschulpersonal-kategorie der Juniorprofessur stelle ein attraktives Instrument zur Erhöhung der Lehr- und Forschungskapazitäten dar und qualifiziere den wissenschaftlichen Nachwuchs in geeigneter Weise.

Anlässlich des in den kommenden Jahren zu erwartenden Anstiegs der Zahl von Studierenden werde im Bundesministerium für Bildung und Forschung, in den Ländern sowie an den Hochschulen über eine weitere Reformierung der Personalstrukturen an den Universitäten nachgedacht. Handlungsbedarf ergebe sich darüber hinaus aus der öffentlichen Forderung, den Anteil von Akademikern in der Gesellschaft zu erhöhen und der Tatsache, dass der Wertschöpfungsprozess in den Industrieländern zunehmend wissensbasiert erfolge.

Daher werde eine deutliche Erweiterung der Lehrkapazitäten und der Forschung als notwendig angesehen. Dieses Erfordernis einer personellen Expansion verbinde sich mit der Schaffung von attraktiven Qualifizierungswegen für junge Wissenschaftler.

Genau an dieser Verknüpfung setze die im Jahr 2001 neu geschaffene Personalkategorie der Juniorprofessur an, indem sie einerseits mit ihrer Lehrverpflichtung und ihrer finanziell angemessen abgesicherten Forschungskapazität den Hochschulen ein interessantes Instrument zur Ausbildung von Nachwuchskräften biete. Andererseits fördere sie jedoch auch die Eigenverantwortung und die Selbstständigkeit von Juniorprofessurinhabern im Rahmen einer guten Qualifizierung für eine spätere Dauerprofessur.

Da das Förderprogramm des Bundes hinsichtlich der Ersteinrichtung von Juniorprofessuren im Jahr der Antragstellung mit den letzten Projekten ausläuft und die Verunsicherung der Hochschulen nach der Nichtigerklärung der rahmenrechtlichen Vorgaben durch das Bundesverfassungsgericht am 27. Juni 2004 groß war, sank die Zahl der ausgeschriebenen Stellen stark ab. Ferner sorgten der im Rahmen der Föderalismusreform geplante Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung und die unklare Mittelkompensation durch den Bund insbesondere bei der mittelfristigen Haushaltsplanung der Länder für Unsicherheiten.

Durch den Abschluss der Föderalismusreform ergebe sich nunmehr jedoch eine neue Ausgangslage und die Bund-Länder-Verhandlungen zum Hochschulpakt 2020 seien ein guter Zeitpunkt, die Etablierung der Juniorprofessur als

alternativen Weg zu einer Dauerprofessur zwischen Bund und Ländern zu vereinbaren.

Um diesem Modell bundesweite Kontinuität zu verleihen, müssten außerdem die Einstellungsvoraussetzungen hochschulübergreifend stärker angeglichen werden, um den Übergang von erfolgreich evaluierten Juniorprofessoren zu Dauerprofessuren (tenure-track) zu erleichtern.

Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, im Rahmen der Verhandlungen mit den Ländern zum Hochschulpakt 2020 für eine kontinuierliche Förderung der Juniorprofessur als Qualifizierungsmöglichkeit für Nachwuchswissenschaftler zu werben.

Außerdem solle zeitgleich ein neues Förderprogramm zur Erstausrüstung etabliert werden, wobei bei der Mittelvergabe an die bisherige Regelung angeknüpft werden solle. Darüber hinaus dürfe man den Haushaltstitel aus 2007 „Förderprogramme zur Ausstattung von Juniorprofessuren“ nicht auslaufen lassen, sondern stattdessen mit 15 Mio. Euro ausstatten.

Das Programm unterstütze die Dynamik der Reformierung von Qualifikationsmodellen im deutschen Wissenschaftssystem, weshalb die Länder bei der Auflage von Regelungen zu unterstützen seien, um Mitnahmeeffekte bei eingesetzten Mitteln zu verhindern.

Die Bundesregierung müsse sich gegenüber den Ländern dafür einsetzen, die hochschulgesetzlichen Regelungen anzugleichen und den tenure-track als international bewährtes Mittel zur Nachwuchsförderung darin zu verankern.

Überdies müsse mit den Ländern Vereinbarungen getroffen werden, um den Nachwuchswissenschaftlern adäquate Beschäftigungsperspektiven zu bieten und ferner konkrete Anreize zur Berufung von Frauen zu schaffen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Es wurden keine Ausschüsse zur Mitberatung bestimmt.

### IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für **Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3192 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion DIE LINKE.** weist darauf hin, dass im derzeitigen System lediglich ein Drittel aller in Deutschland Promovierten eine akademische Laufbahn einschlagen können. Aktuell seien 60 000 in Deutschland ausgebildete Akademiker im Ausland in Forschung und Lehre tätig. Neben dem

Grund der fehlenden Stellen seien hierfür die zunehmende Unsicherheit und das fehlende Vertrauen in das System verantwortlich. Dies habe sich durch die Juniorprofessur hinsichtlich weitergehender Akzeptanz und Qualität verbessert. Dies basiere einerseits auf den Fördermitteln und der sinnvollen Evaluierung in mitten des Gesamtprozesses, andererseits aber auch auf der Integration der Betroffenen in die Fachbereiche der Hochschulen.

Mit Verweis auf eine CHE-Studie betonen die Antragsteller die positive Resonanz aller Beteiligten auf die Juniorprofessur, was auch mit ihrer objektiven Finanzausstattung zusammenhänge.

Deshalb müsse die Juniorprofessur in ihrem derzeitigen Rahmen zumindest erhalten bleiben und ihre Einstellungs-voraussetzungen länderübergreifend angeglichen werden. Wichtig sei die Konsolidierung des tenure-tracks, um den jungen Wissenschaftlern bei Erfüllen der Kriterien eine faire Karrierechance zu bieten.

Man wolle den gleichen methodischen Ansatz verfolgen, wie er auch für die neue Personalkategorie des Lecturers von Bund und Ländern verfolgt wurde. Der Lecturer sei mit dem Juniorprofessor aufgrund seiner fehlenden Forschungsschwerpunkte nicht vergleichbar.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird ausgeführt, dass der Bund durch seine Vorgriffförderung von 2002 bis 2004 gleichwohl 800 neue Stellen an 65 Hochschulen geschaffen hat. Man könne jetzt dem Antrag dahingehend nicht folgen, als dass die Förderung durch den Bund nun verlängert werden solle, obwohl durch die Föderalismusreform gerade die Länder das Recht an sich gezogen haben. Nun müssten diese dafür in die Pflicht genommen werden. Deshalb sei der heutige Appell in erster Linie an die Länder, die durchweg guten Erfahrungen dieser Personalkategorie in die eigene Hochschulstrukturplanung mit einzubeziehen. Der Antrag auf einen Förderungsausbau seitens des Bundes sei jedoch abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** hebt hervor, dass es heute deutlich mehr Übereinkünfte in Sachen Juniorprofessur gebe, als es bei der Einführung der Fall war.

Fragwürdig bleibe, warum die angestrebte Zahl von 6 000 neuen Stellen trotz enormer Finanzmittel nicht erreicht wurde, sondern lediglich 700 geschaffen werden konnten. Warum dies so sei, solle die Bundesregierung in ihrem für Herbst 2007 geplanten umfassenden Bericht zur Nachwuchsförderung darlegen.

Für die Zukunft müsse in der Bildungspolitik ein Stimulationsverhältnis zwischen Bund und Ländern angestrebt werden, in dem der Bund mehr als eine Berichtsadresse sei. Die Dynamik, die nur durch ein Zusammenspiel einer Zentralregierung mit den Länderregierungen erreicht werden kann, müsse stärker gefördert werden. Der Antrag der Fraktion **DIE LINKE** wolle an dieser Stelle nur nacharbeiten, was im Hochschulpakt nicht gelungen sei, weshalb er abzulehnen sei.

Die **Fraktion der FDP** macht deutlich, das anfängliche Problem bei der, seitens der Fraktion der FDP immer unterstützten, Einführung der Juniorprofessur seien falsche Signale hinsichtlich des Zusammenspiels mit der Habilitation gewesen.

Es dürfe nicht der Fehler gemacht werden, das an sich gute Instrument der Juniorprofessur durch immer mehr Eingriffe attraktiver machen zu wollen. Außerdem bestehe die Gefahr, dass sich der Eindruck entwickelt, die Juniorprofessoren seien die Reparaturbrigade für den zukünftigen Studierendenzuwachs.

Nach den Debatten zur Föderalismusreform und dem Hochschulpakt sei man nun in einer Situation, in der die Länder nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, zu entscheiden, welches der zur Verfügung stehenden Instrumente sie verwenden. Außerdem müsse diese Verantwortung von den Hochschulen im Rahmen ihrer zunehmenden Autonomie wahrgenommen werden. An dieser Stelle solle mehr in die Hochschulen und die betroffenen Nachwuchswissenschaftler vertraut werden, um eben diesen falschen Eindruck nicht zu erwecken. Eine Weniger-ist-mehr-Politik sei an dieser Stelle erfolgversprechender.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass man sich im Kampf um die Personalkategorie der Juniorprofessur mit den Antragstellern weitgehend einig sei. Der zentrale Erfolg sei, trotz der Störmanöver der unionsregierten Bundesländer, junge Nachwuchswissenschaftler schneller in verantwortungsvolle Positionen gebracht zu haben und ihnen zu eigenen Forschungsprojekten zu verhelfen. Insofern habe es einen Schwung an die Hochschulen gebracht, indem das immer noch vorhandene paternalistische Abhängigkeitsverhältnis ein Stück weit umgangen werden konnte. Eine weitere Leistung sei die positive Frauenförderung und die Gewährleistung von Lebensplanungssicherheit für junge Menschen.

Es sei noch mal wichtig, auf den durch die Juniorprofessur geschaffenen alternativen Qualifikationsweg hin zu einer Lebenszeitprofessur hinzuweisen.

Dies seien Gründe genug, um die Förderung fortzusetzen. Allerdings müsse die Juniorprofessur dringen eingebettet werden in die Weiterentwicklung von Personalkategorien an den Hochschulen generell. Man könne dies nicht unabhängig davon diskutieren, wie sich künftige Kategorien, wie beispielsweise der Lecturer, an den Hochschulen entwickeln. Der Antrag betrachte dies zu isoliert.

Überdies sei es falsch, die Einstellungs-voraussetzungen hochschulübergreifend zu vereinheitlichen, weil der tenure-track eben das Verbleiben an den Hochschulen fördern solle, und weniger den Wechsel zwischen den Universitäten.

Ebenso sei ein weiteres Förderprogramm des Bundes vor dem Hintergrund der Föderalismusreform wenig sinnvoll, ohne darüber mit den Ländern intensiv beraten zu haben. Generell sei die Förderung und Unterstützung jedoch wichtig, wobei auch die Entwicklung der neuen Kategorien mitdiskutiert werden müssen.

Die Bundesregierung begrüßt, dass sich alle Fraktionen zu der Entwicklung der Juniorprofessur positiv geäußert haben.

Die Weiterführung und das weitere Verfahren mit dieser Personalkategorie fallen nunmehr vollständig in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

Mit dem Hochschulpakt habe man den Weg der Hochschulautonomie eingeschlagen, wobei die Länder, wenn sie die Personalkategorie für die Lehre aufstocken, entsprechend Finanzmittel des Bundes erhalten. Hierüber werde im Juni

von den Landesregierungen und der Bundesregierung gesprochen, weshalb die Konzepte der einzelnen Länder im ersten Quartal vorliegen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich ebenfalls der Wissenschaftsrat mit der Frage der Personalkategorien befasst.

Berlin, den 4. März 2008

**Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Monika Grütters**  
Berichterstatterin

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Berichterstatter

**Uwe Barth**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter



